

O’Neill, Martin und Sheppley Orr (Hrsg.): *Taxation. Philosophical Perspectives*. New York: Oxford University Press 2018. 263 Seiten. [978-0-19-960922-2].

Rezensiert von Sebastian Huhnholz (Leibniz-Universität Hannover)

Steuer ist kein philosophischer Grundbegriff. Zwar ist, wie Peter Dietsch im hier besprochenen Band pointiert, „fiscal policy [...] a central topic of political philosophy“, denn die meisten „theories of social justice turn to redistributive tax-and-transfer regimes in one form or another when it comes to implementing their ideal of a just society“ (203). Doch trotz einer in den letzten Jahren auch hierzulande etwas anziehenden Beschäftigung der Politischen Philosophie mit Fragen der Besteuerung, Verteilung und Umverteilung¹ hat diese grundsätzliche Bedeutung der Fiskalpolitik für gängige Gerechtigkeits-theorien nur wenige Philosoph*innen dazu gebracht, die Dimensionen des Fiskalischen oder gar die Institution des Fiskus selbst zu reflektieren.

Ungeachtet von Dietsch’ eigenen, teils interdisziplinären Arbeiten zähle, so Dietsch selbst, weiterhin der einschlägige Band von Murphy und Nagel – *The Myth of Ownership* von 2002 –² als Standard einer solchermaßen ausnahmsweisen Reflexion (ebd.), ein Band also, der eine in der Politischen Philosophie des Liberalismus seit Thomas Hobbes vertraute eigentumstheoretische Position erneuert und dadurch eine Gegenposition zur lockeanisch-libertären, gemeinhin Robert Nozick zugeschriebenen bestuerungskritischen Eigentumsdefinition der *self-ownership* vertritt.³ Murphy und Nagel gehen davon aus, dass es kein vorsteuerliches (Privat-)Eigentum gibt, sondern Eigentum erst ist, was netto bleibt. Damit wurde Eigentum zu einer relativen Konstruktion: dem Grundbegriff der liberalen Ideengeschichte war die Substanz genommen.

Vor diesem Hintergrund nun könnte es konsequent genannt werden, wenn sich auch der von Martin O’Neill und Sheppley Orr herausgegebene Band *Taxation. Philosophical Perspectives* bevorzugt an der umgangssprachlichen und alltagstauglichen Vorstellung über Steuern abarbeitet: an jenem von „pre-political property rights“ ausgehenden „everyday libertarianism“ (1ff.), gemäß dem Steuern ein autoritärer Zugriff auf eine natürlicherweise nur der Privatperson gehörende Substanz und folglich ein Eigentumseingriff seien, dessen

¹ Genannt sei initial nur Schefczyk (2003); ferner Neuhäuser (2018); Wollner (2018); Cassee (2019).

² Murphy und Nagel (2002); zwischenzeitlich ergänzungswürdig ist mindestens Bhandari (2017).

³ Dazu Asbach (2018) sowie Schefczyk und Wegner (2018).

Motive, Zugriffsweisen und Wirkungen besonders begründungs- und legitimierungsbedürftig sind.

Nebst Einleitung besteht der Band aus zwölf, auf zwei Abschnitte verteilten Beiträgen. Im ersten Part, *On the Tax System: Normative and Conceptual Questions*, finden sich Artikel denkbar unterschiedlicher Präzision und Qualität, die generellere normative oder konzeptionelle Perspektiven auf das Thema des Bandes einnehmen und doch, wie die Herausgeber treffend feststellen (5), maßgeblich um die von Murphy und Nagel aufgeworfene Perspektive oszillieren. Den Auftakt macht ein Text Alan Hamlins zur Frage, welche wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven die Politische Philosophie mindestens kennen sollte, wobei, genauer besehen, die eher finanzwissenschaftliche Unterscheidung zwischen „optimaler“ Besteuerung, *Rational Choice* und Konstitutionenökonomie beschrieben wird; eine Trias, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der tatsächlichen Stufen-, ja Evolutionsgeschichte des modernen Steuerstaates aufweist. Schon insofern ist dann das Geschick der Herausgeber zu bewundern, die diesen Einstieg einerseits mit einem Beitrag Marc Fleurbaeys zum Konzept der optimalen Besteuerung flankieren und andererseits mit Geoffrey Brennan einen bekannten Kollegen des Verfassungsökonomien und Wirtschaftsnobelpreisträgers James Buchanan gewinnen konnten: Verlässlich vertritt Brennan die von ihm einst mitentwickelte konstitutionelle politische Ökonomie Buchanans, aus deren Sicht Murphy und Nagel etwaige politische Verfassungsvorgaben der Eigentumsordnung zugunsten philosophisch-systematischer Kohärenz ignorieren und folglich die Möglichkeit verfassungsrechtlicher Selbstverpflichtung auf politisch definierten Eigentumsschutz verfehlten.

Kaum minder klug platziert sind die beiden folgenden Beiträge: Peter Vallentyne präsentiert in seinem ebenso knappen wie prägnanten Artikel die faszinierende, ja nicht zuletzt oftmals radikal universaldemokratisch ausgeformte Vielfalt libertärer Perspektiven auf die Frage der Besteuerung, wobei leider gleich ein Schatten auf diese Leistung fällt, da Vallentyne mit einer allzu oberflächlichen Selbstpositionierung behauptet, libertär akzeptable Steuern seien ausschließlich auf natürliche, also allen gehörende Ressourcen erhobene Steuern, gewissermaßen Verbrauchspreise sowie Nutzungs- und Entschädigungsgebühren. Das wird der Tiefe des philosophischen Libertarismus schwerlich gerecht.⁴ Umso günstiger, dass Laura Birons Beitrag zur Plausibili-

⁴ Vgl. Ypi (2011). Und aus dem direkten, linkslibertären Kollegenkreis Vallentynes braucht nur auf Hillel Steiner verwiesen zu werden, dessen ultra-individualistischer Eigentumsbegriff essentialistische Eigentumsvorstellungen (etwa familiäre, generationelle oder nationale) methodisch ab-

tät der Differenzierung zwischen Besteuerung und Enteignung die Mitte des ersten Buchteils einnimmt – ein nur scheinbar gewöhnlicher Zugriff, der genauer besehen aber endlich einmal genauer den Umstand plausibilisiert, dass steuertheoretische Politik- und Gerechtigkeitsbilder stets mit Eigentumskonzepten hantieren, sich umgekehrt aber die Eigentumstheorien selten der Frage der Besteuerung widmen. Die erfrischend ehrfurchtlose Sicht Birons ist, dass Murphys und Nagels Partnerwerk womöglich mehr vor dem Hintergrund dieses Ungleichgewichts besondere philosophische Popularität erlangte als aufgrund der intellektuellen Qualität der Studie selbst.

Die zwei übrigen Beiträge des ersten Abschnitts verhandeln Spezielleres: Während Alexander W. Cappelen und Bertil Tungodden in einem empirisch unterfütterten Beitrag auf den Wert der liberallegalitären, individuelle Leistung und Verantwortung in den Mittelpunkt stellenden Steuerbetrachtungsweise gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Performanzmodellen abheben, und somit einfach die praktische Brauchbarkeit theoretischer Perspektiven bestätigen, bildet der Beitrag Véronique Munoz-Dardés und M.G.F. Martins den Abschluss dieses ersten Themenblocks anhand einer modellierten Gegenüberstellung von zwingenden versus freiwilligen Abgaben (Steuern versus Spenden). Dies freilich wäre kaum mehr als eine systematische oder essayistische Fingerübung, wäre tatsächliche Steuerpolitik nicht von gewaltigen Verschränkungen beider Prinzipien gekennzeichnet. Die Vielfalt der neueren Industrie-, Firmen- und großen Familienstiftungen von Bill Gates über Bertelsmann bis Quandt lassen erahnen, inwieweit Steuerrecht und -politik Unmengen an Spenden- und Stiftungsanreizen setzen, mit denen das Investitions- und Vermögenspflegeverhalten der Reichen in einer Weise kanalisiert wird, die weit hinter der demokratisch kontrollierbaren Gestaltungskraft der andernfalls steuerlich abgeschöpften Mittel zurückbleibt und überdies keine konkreten Anspruchsrechte der satzungspolitisch vorgesehenen und mit entsprechenden Spendengeldern bedachten Individuen und Projekte stiftet.

All dem gegenüber widmen sich die fünf Beiträge des zweiten Themenblocks unter dem Titel *Tax Policy and Forms of Taxation* den vordergründig eher

lehnt. Eigentum steht bei Steiner unter einem dauerhaften „Aneignungsvorbehalt“, d. h. einer Absage gegenüber Rechtfertigungsmodellen, die das einmal konkret anerkannte Privateigentum für unwiderruflich legitimiert erachten. Einerseits sieht Steiner, wo Eigentumsrechte und Eigentumspflichten nicht „kompossibel“, d. h. moralisch vereinbar sind, einen Reversibilitätsgrund, der eine Korrektur von Eigentumsverteilungen rechtfertigt. Andererseits betont er die kontraktualistische Tradition einer liberalen Demokratietheorie, in der Individuen sich freiwillig auf eine Anwendungseinschränkung ihrer ‚natürlichen‘ Eigentumsrechte vertraglich einigen (konsequent veranschaulicht z.B. bei Steiner 1992/2017).

steuertechnischen Variablen und Praktiken der Fiskalpolitik: Konsum-, Land- und Leistungsbesteuerung, Progression versus Regression, Individual- versus Familienprinzip und nicht zuletzt (vertreten durch den eingangs genannten Peter Dietsch) das Phänomen internationalen Steuerwettbewerbs, gefolgt von einer Darstellung zu Steuervermeidungs- und -hinterziehungsproblemen durch Gillian Brock und Rachel McMaster. Diese bisweilen finanztechnisches Grundwissen rekapitulierenden Beiträge reagieren – jedenfalls stellen es die Herausgeber so dar – auf eine ältere Beschwerde Leif Wenars über die mangelnde Kompetenz und fehlende Aufmerksamkeit für philosophisch bedeutsame Besteuerungsfragen und steuertechnisches Basiswissen. Mithin mag es richtig gewesen sein, dem *Taxation*-Band auch einige stärker seminarhafte Beiträge beigelegt zu haben. Doch geht das offenbar nur um den Preis des Verzichts auf mehr problem- und forschungsorientierte Artikel (womit weder Qualität noch Nützlichkeit der letztgenannten, eben etwas lehrbuchartigen Beiträge in Frage gestellt seien).

Besonders interessant ist der zweite Themenblock allerdings noch aus einer vergleichenden Sicht: Seine Beiträge bemühen sich engagiert, die Trug- und Zerrbilder des *everyday libertarianism* aufzuklären. Etwa erläutern sie, warum Erbschaftsbesteuerung keine Doppelbesteuerung darstellt oder leistungsgerechtere flache statt progressive Einkommensbesteuerung noch keinen Minimalstaat macht. An solchen Darstellungen erweist sich indirekt, wie weit entfernt die anglo-amerikanische Steuerkultur und ihre ideologischen Besteuerungsmythen der jüngeren neoliberalen Zurichtung von kontinentaleuropäischen Traditionen entfernt sind.

Diese atlantische Distanz schlägt in wenigstens einer Hinsicht auf die generellere Frage zurück, worum es sich bei Besteuerung eigentlich handelt: So sehr nämlich der Band auch einige verdiente Größen des Fachs versammelt, so selten präzisiert er doch die Gesellschaftsspezifika des steuerlichen Abgaben- und Staatsfinanzierungsmodells. Das ist gerade angesichts des von den Herausgebern monierten Mangels philosophischer Steuerbetrachtungen auffällig. Denn zu konstatieren ist, dass das Abgaben- und Einnahmenmodell der Besteuerung nicht nur fiskalisch keineswegs allgemein ist, sondern gerade für einen der beiden Herausgeber auch wissenschaftlich bzw. politiktheoretisch außerordentlich spezifisch: Martin O'Neill selbst immerhin war es, dem es schon vor Jahren gelang, institutionelle Alternativen zur steuerfiskalischen Bereitstellung öffentlicher Güter mit Blick auf die radikalen Vorschläge des späten John Rawls zu bündeln und philosophisch diskutieren zu lassen: Im von O'Neill mit Thad Williamson herausgegebenen *Property-Owning Democracy*:

Rawls and Beyond und weiteren Schriften wurde die vermeintliche Selbstverständlichkeit der liberalkapitalismusspezifischen Steuerstaatlichkeit widerlegt. O'Neill und seine früheren Mitstreiter*innen nämlich kontrastieren Steuerstaatlichkeit dort mit dem Idealtypus einer Eigentümerdemokratie, deren Merkmale breit verteilter Produktionsmittel und deren tendenziell genossenschaftliche Produktions- oder betrieblichen Mitbestimmungsmodelle den normativen Erfordernissen der rawlsianischen Gerechtigkeitstheorie sehr viel eher entsprächen als der steuerstaatlich gewährleistete Kompensationsmodus marktwirtschaftlicher Wohlfahrtsstaatlichkeit. Denn verlässliche prädistributive Fairness, so ließe sich die Perspektive abkürzen, sei redistributiv ausgleichenden Gerechtigkeitsversuchen vorzuziehen. Das permanente Streben nach Gleichheit der Startbedingungen sei begrüßenswerter als umständliche Kompensationen fortbestehender Ungleichheiten im Nachhinein.⁵

Realpolitisch mag solch eine materielle Gerechtigkeitsutopie eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch den neoliberalen Umbau der Sozialdemokratie beschädigt und die Hoffnung auf gerechte Partizipation der Massen an den in immer weniger Händen konzentrierten Vermögenszuwächsen desillusioniert worden sein. Dennoch – oder: umso mehr – ist an das vom späten Rawls präferierte philosophische Kontrastmodell zum Steuerstaat zu erinnern.⁶ Denn nur dann wird deutlich, was der hier zu betrachtende Band seltsamerweise unerwähnt lässt oder allenfalls andeutet: dass es sich bei „Taxation“ gerade nicht um eine Metapher für öffentliche Einnahmen aller Art oder gar um beliebige Mittel zum Zweck öffentlicher Güterproduktion und -pflege handelt. Modelltheoretisch betrachtet nämlich sind Steuern solche Zwangsabgaben, durch die eine ökonomische Vergemeinschaftung von Teilmengen markt- und privatwirtschaftlich realisierten Mehrwerts vollzogen wird, kurzum, die typische Form der Generierung öffentlicher Finanzen im liberaldemokratischen Kapitalismus. Vermittelt durch das Medium der Steuer artikulieren, materialisieren und konkretisieren sich die individuellen Kontroll- und Verfügungsrechte über ökonomische Ressourcen. Die Steuer ist daher nicht einfach ein Instrument womöglich überzogener politischer Umverteilungswünsche oder gesellschaftlicher Rückgabeforderungen (*redistribution*), sondern zuvörderst ideologischer Ausdruck und rechtstechnischer Garant der etablierten Verteilungsstruktur. In diesem Sinne deuten auch die Herausgeber des besprochenen Bandes an, moderne Steuern gleichsam als ein Spiegelbild wie auch als eine konstitutive Größe moderner Gesellschaften

⁵ O'Neill und Williamson (2012); ferner Cheneval und Laszlo (2013); Thomas (2016).

⁶ Dazu nun auch O'Neill und White (2019).

zu interpretieren: Es gebe „a number of pressing and significant philosophical issues relating to the tax system, and these issues often connect in fascinating ways with foundational questions regarding property rights, democracy, public justification, state neutrality, stability, political psychology, and a range of other issues“ (1).

Ein Buch wie das vorliegende, das diese liberalkapitalistische Spezifik des steuerlichen Fiskalmodells wenigstens implizit berücksichtigt, dementiert also eine beliebte Leichtfertigkeit der politischen Steuerphilosophie, indem es sich jedem betriebsblinden Abstraktionsniveau verweigert, das so tut, als gäbe es gar keine weiter nennenswerte Differenz zwischen beispielsweise Zwangsarbeitsdiensten, Gebühren, Gewinn- oder Strafsteuern – einem scheinpräzisen Abstraktionsniveau, das die interdisziplinäre Brauchbarkeit der Fiskalphilosophie allzu oft behindert. Immerhin ist es ein zumal in Gelegenheitsbeiträgen einflussreicher Denker*innen seit jeher beliebter Zug, wider die große Ideengeschichte fiskalischer Reflexion bequemlich zu behaupten, die Steuer sei „beinahe das einzige Gebiet, an das sich eine höhere Betrachtungsweise nie herangewagt hat“.⁷ Und so ist es zwar nicht zwingend richtig, wird allemal aber verständlicher, warum auch die Herausgeber des (tatsächlich vielfach dann auch entsprechend gepriesenen) *Taxation*-Bandes mit der Behauptung aufwarten, dass, „given that taxation is one of the most significant mechanisms for interaction between states and individual citizens, it is perhaps surprising that there has not been as much work on taxation within political philosophy as one might have expected“ (1).

Umso mehr allerdings erstaunt es dann, dass diese Einsicht in die für liberale Gesellschaften paradigmatischen, nämlich einerseits privateigentumsdefinierende und andererseits den Etat konstituierende Gestalt des Steuerfiskus nicht konsequent im gesamten Band durchgehalten wird. Es finden sich sogar Beiträge, die, wie etwa derjenige Peter Vallentyne's, um der Allgemeingültigkeit der Überlegungen willen jede öffentliche Einnahme als Steuer betrachten, so sie nur erzwingbar und in Geld zahlbar sei. Dass schon ein – in Sachen idealtypisch vereinfachter Konzeptdefinitionen bekanntlich skrupelloser und dafür fiskalsoziologisch im angloamerikanischen Forschungsraum sehr geschätzter – Max Weber Dutzende fiskalische Abgabearten systematisch differenzieren zu müssen meinte und dann noch wissen ließ, dass sich in dieser nur groben Vielfalt keineswegs alle Staatseinnahmemöglichkeiten erschöpfen: das wird in zu vielen Beiträgen ebenso großzügig wie selbstsicher ignoriert, sodass über den titelgebenden Leit- und Grundbegriff des Bandes –

⁷ Z.B. Spengler (1924).

die Steuer bzw. Besteuerung – bisweilen doch wieder arg unbefangen hinweggegangen wird.

In letztgenannter Hinsicht wäre zumal interessierten Laien mehr herausgeberseitige Anleitung und Koordination der Einzelbeiträge zu wünschen gewesen, nicht zuletzt, da die Selbstbeschreibung des Bandes an Selbstlob kaum spart. So dankbar wir daher auch sein können, endlich einen praxisnah-anschaulichen Überblick gegenwärtiger steuer- und besteuersphilosophischer Ansätze vorgelegt bekommen zu haben – einen Überblick überdies, der sich finanzwissenschaftliches, steuertechnisches und besteuerspolitisches Fachwissen selbstständig zu eigen macht – so ambivalent muss ein Gesamturteil doch bleiben. Denn einerseits werden einige der herausgeberseitigen Versprechen durch den uneinheitlichen Begriffs- und Konzeptgebrauch mancher Einzelbeiträge nicht eingelöst oder gar unterlaufen. Andererseits verzichtet der Band sowohl auf eine philosophische wie auch auf eine historische Systematisierung des eigenen Themas. Ersteres ist zu verkraften, denn mit Blick auf benannte Alternativen, namentlich den rawlsianischen Zweig der sonstigen Forschungstätigkeiten von Martin O'Neill können wir uns andernorts darüber informieren, wie alternative, womöglich gerechtere, gemeinwohlförderlichere und demokratischere Staatsfinanzierungsmodelle aussehen und zu denken sind; seien es öffentliche Unternehmen, Kommunalgenossenschaften, *Commons*, Allmenden oder Staatsbetriebe. Letzteres indes, nämlich der Verzicht auf historische Systematisierungen, ist kritikwürdig,⁸ denn die – wie oben schon bei Spengler gefundene – Behauptung, das hiesige Thema sei außerordentlich wenig traktiert, meint vorschnell ein Rad neu erfinden zu müssen, das zu benutzen schon allzu oft verlernt worden ist.

Literatur

Asbach, Olaf. „Thomas Hobbes und die Ambivalenzen des modernen Steuerstaates.“ In *Fiskus – Verfassung – Freiheit. Politisches Denken der öffentlichen Finanzen von Hobbes bis heute*, hg. von Sebastian Huhnholz, 61-94, Baden-Baden: Nomos, 2019.

Bhandari, Monica (Hrsg.). *Philosophical Foundations of Tax Law*. New York: Oxford University Press, 2017.

⁸ Ausgleichende Beispiele finden sich insbesondere in der klassischen Darstellung von Mann (1937), sowie, für das Vorangegangene, bei Kehl (1927), ferner in den steuerphilosophisch bis heute auf den US-amerikanischen Raum wirkenden „Finanztheoretischen Untersuchungen nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens“ von Knut Wicksell (1896), sowie, jüngst, in den nach den gemeinschaftlichen Voraussetzungen der Wohlstandsteilung fragenden Beiträgen in Schläppi und Gruber (2018).

- Cassee, Andreas. „Steuern auf legitimes Eigentum oder legitimes Eigentum durch Steuern?“ In *Liberalismus: Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, hg. von Karsten Fischer und Sebastian Huhnholz, 217-43, Baden-Baden: Nomos, 2019.
- Cheneval, Francis und Christoph Laszlo (Hrsg.). *Property-Owning Democracy (Analyse & Kritik, 35.1)*, 2013.
- Kehl, Paul. *Die Steuer in der Lehre der Theologen des Mittelalters (Volkswirtschaftliche Studien, Heft 17)*, Berlin: Emil Ebering, 1927.
- Mann, Fritz Karl. *Steuerpolitische Ideale. Vergleichende Studien zur Geschichte der ökonomischen und politischen Ideen und ihres Wirkens in der öffentlichen Meinung 1600-1935*, Jena: Fischer, 1937.
- Murphy, Liam und Thomas Nagel. *The Myth of Ownership: Taxes and Justice*. New York: Oxford University Press, 2002.
- Neuhäuser, Christian. *Reichtum als moralisches Problem*. Berlin: Suhrkamp, 2018.
- O'Neill, Martin und Stuart White. „James Meade, public ownership, and the idea of a citizens' trust.“ *International Journal of Public Policy, Inderscience Enterprises Ltd*, 15.1/2 (2019), 21-37.
- O'Neill, Martin und Thad Williamson (Hrsg.). *Property-Owning Democracy: Rawls and Beyond*. Chichester: Wiley-Blackwell, 2012.
- Schefczyk, Michael. *Umverteilung als Legitimationsproblem*. Freiburg und München: Alber, 2003.
- Schefczyk, Michael und Gerhard Wegner. „Zum Verhältnis von individueller Freiheit und fiskalischem Zwang. Konstellationen im liberalen Gerechtigkeitsdiskurs.“ In *Fiskus – Verfassung – Freiheit. Politisches Denken der öffentlichen Finanzen von Hobbes bis heute*, hg. von Sebastian Huhnholz, 301-24, Baden-Baden: Nomos, 2019.
- Schläppi, Daniel und Malte-Christian Gruber (Hrsg.). *Von der Allmende zur Share Economy. Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen in historischer und rechtlicher Perspektive*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2018.
- Spengler, Oswald. „Gegen den Steuerbolschewismus“ (1924). In *Politische Schriften (Volksausgabe)*, hg. von dems., 263-79. München: C.H. Beck, 1934.
- Steiner, Hillel. „Libertarismus und transnationale Migration.“ (1992) In *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexzte*, hg. von Frank Dietrich, 48-59, Berlin: Suhrkamp, 2017.
- Thomas, Alan. *Republic of Equals: Pre-distribution and Property-owning Democracy*. Oxford: Oxford University Press, 2016.
- Wicksell, Knut. *Finanztheoretische Untersuchungen nebst Darstellung und Kritik des Steuerwesens Schwedens*. Jena: Fischer, 1896.
- Wollner, Gabriel. „Globale Besteuerung und Demokratische Legitimität: Herausforderungen an den demokratischen Steuerstaat.“ *Politische Vierteljahresschrift*, 59.1 (2018), 125-146.

Ypi, Lea. „Self-ownership and the State: A Democratic Critique.“ *Ratio*, 24.1 (2011), 91-106.